Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8-gespaltene Nonpareillezeile 20 Rpfg., die 4-gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigenannahmestellen nehmen Aufträge entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 86. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Dienstag, den 12. April 1927

Das russisch-chinesische Zerwürfnis.

Es bedeutete keine Überraschung mehr, daß die Sowjetregierung jetzt eine scharfe Note an die nordchinesische Regierung richtete, worin bestimmte Forderungen aufgestellt werden und außerdem noch mitgeteilt wird, daß bis zur Erfüllung dieser Forderungen der russische Gesandte mit dem gesamten Botschaftspersonal Peking verlassen wird. Überraschend ist deswegen auch die andere Mitteilung nicht, daß der chinesische Gesandte in Moskau daraufhin seine Pässe verlangen wird. Nur einige Beamte zur Erledigung der russischen Konsulatsgeschäfte sollen in Peking bleiben.

Was die Note verlangt, ist eigentlich verhältnismäßig wenig: Abrücken des chinesischen Militärs und der Polizei aus dem Botschaftsgebiet, Freilassung der dort verhafteten Russen, Rückgabe alles dessen, was in der russischen Botschaft beschlagnahmt oder fortgenommen worden ist. Der soeben eröffnete dreizehnte allrussische Sowjetkongreß in Moskau steht natürlich ganz unter dem Eindruck dieses russisch-chinesischen Zerwürfnisses. Nun bedeutet an und für sich ja ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen noch längst nicht den Krieg; so hat beispielsweise England nach der Ermordung des serbischen Königspaares seinen Gesandten aus Belgrad zurückgezogen und jahrelang den diplomatischen Verkehr mit Serbien ruhenlassen. Ebenso schweigt die Moskauer Regierung darüber, was sie nun eigentlich zu tun gedenkt. Erleichtert wird ihr die Lage auch gerade dadurch nicht, daß jetzt eine französische Zeitung durch ihren Pekinger Berichterstatter in die Lage versetzt wird, mehrere der beschlagnahmten Dokumente zu veröffentlichen. Freilich wird dadurch gerade bewiesen, daß sich gewisse Fäden von Moskau her über die russische Gesandtschaft in Peking zur chinesischen Südarmee hinüber angesponnen haben. Auf der Moskauer Versammlung schob aber der Präsident der Volkskommissare, Rykow, alle Schuld für das, was nun kommen würde, der nordchinesischen Regierung zu, die offensichtlich den Plan verfolge, bewaffnete Zusammenstöße zwischen der russischen und der chinesischen Bevölkerung hervorzurufen und die russische und die chinesische Revolution in Gegensatz zueinander zu bringen. Ob hiermit nur die übliche Formel dafür gefunden ist, ein Vorgehen russischer Truppen gegen die Mandschurei einzuleiten, ist durchaus nicht von der Hand zu weisen.

Noch wahrscheinlicher wird diese Absicht durch die Tatsache, daß der Siegeslauf der südchinesischen Armee auf ernste Schwierigkeiten gestoßen ist. Schuld daran haben die inneren Streitigkeiten im Süden, wo es schon zu erbitterten Kämpfen zwischen den radikalen Bolschewisten, also der Kuomintangpartei, und den Gemäßigten gekommen ist. Der Norden scheint sich aufzuraffen, käme aber seinerseits wieder in eine kritische Lage, wenn Rußland in der Mandschurei vorgehen würde. Das ist aber keineswegs leicht; denn vor allen Dingen sind doch die Entfernungen so ungeheuer, daß ein russisches Einrücken in absehbarer Zeit nur dann möglich ist, wenn die Sowjetregierung dort schon seit längerer Zeit Truppen angesammelt hat.

Moskau hat sich anscheinend in die chinesischen Wirren so tief eingelassen, daß es sich jetzt wohl kaum noch daraus zurückziehen kann, will es seinen mühsam errungenen Einfluß nicht ganz verlieren. Auch die Stellung der Sowjetregierung im Innern würde zweifellos stark erschüttert werden, wenn es allein bei der Protestnote bliebe und ernsthaftere Maßnahmen gegen die nordchinesische Regierung nicht erfolgen würden. Schon daß man einen gänzlichen Abbruch aller diplomatischen Beziehungen dadurch vermieden hat, daß die russischen Konsularbeamten zurückgelassen sind, scheint aber darauf hinzuweisen, daß die Sowjetregierung von den Vorgängen etwas überrascht worden ist und sich deshalb wohl noch nicht in der Lage fühlt, ohne weiteres einzugreifen. Außerdem ist noch zu erwägen, daß die Pekinger Regierung bekanntlich Mitglied des Völkerbundes ist und nicht zögern würde, wenn nötig, von den hieraus entspringenden Rechten Gebrauch zu machen. Bei der Stimmung, die aber gerade in Genf gegenüber der Sowjetregierung herrscht, könnte die nordchinesische Regierung dort sehr leicht wenigstens ein moralisches Eintreten des Völkerbundes gegen Moskau herbeiführen. Wieweit eine wirkliche Unterstützung durch europäische Mächte erfolgen würde, vor allem erfolgen könnte, läßt sich bei dem Dunkel, das noch immer über dem Hintergrunde dieser Geschehnisse liegt, wirklich noch nicht sagen.

Ueberfall auf einen russischen Konsul.

Bedauern der Reichsregierung.

In Königsberg ist auf den russischen Konsul Kanlor ein Überfall verübt worden. Nach dem Polizeibericht wurde der Konsul mit einem schweren Stock auf den Kopf geschlagen, so daß er zu Boden fiel, wobei er sich die Verstauchung einer Hand und die Verletzung eines Beines zuzog. Ernster Natur scheinen diese Verletzungen nicht zu sein, da sich der Konsul außer Bett befindet. Außerdem ist der Konsul von mehreren Personen grob beschimpft worden. Als Täter ist der Hauslehrer Boris Lechel, der mit einer größeren Anzahl — fünfzig bis sechzig — Personen zusammen aus einer Versammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpatei und der Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft kam, von den Beamten der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums ermittelt worden.

Über den Grund zu der Tat gibt Lechel, der Reichsdeutscher ist, aber lange Zeit in Rußland gelebt hat und der russischen Sprache mächtig ist, an, er habe, als er den Konsul mit mehreren Personen zusammen traf, gehört, daß sich dieser in abfälliger Weise über die Christen in Rußland geäußert hätte. Diese Äußerung habe ihn so gereizt, daß er sich nicht mehr habe halten können und blindlings auf den Konsul eingeschlagen habe. Er will aber, als er schlug, nicht gewußt haben, daß er den Konsul vor sich hatte, sondern er habe geglaubt, er hätte es mit russischen Juden zu tun. Nach Aussagen von Zeugen ist die Darstellung des Lechel unrichtig, da der Konsul eine abfällige Äußerung nicht getan hat.

Der Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin, Ministerialdirektor Wallroth, hat dem Botschafter der Sowjetunion, Krestinsky, das aufrichtige Bedauern der Reichsregierung über die Vorgänge in Königsberg ausgesprochen. Er gab dem russischen Botschafter Kenntnis von dem bisher festgestellten Tatbestand und teilte gleichzeitig mit, daß ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden sei. Auch der Regierungspräsident der Provinz Ostpreußen und der Polizeipräsident von Königsberg statteten dem Konsul Besuche ab.

Rußlands Bruch mit China.

Protestnote Moskaus an Peking.

Abberufung des Pekinger Geschäftsträgers.

In Verfolg der Vorgänge in Peking, wo russische Banlichkeiten von chinesischen Polizeikräften verschiedentlich durchsucht und zahlreiches Material beschlagnahmt wurde, hat jetzt die russische Sowjetregierung zu einem Gegenschlag ausgeholt. Sie hat dem Vertreter der Pekinger Regierung in Moskau eine Protestnote überreichen lassen, in der folgende Forderungen aufgestellt werden:

1. Das chinesische Militär und die Polizei müssen unverzüglich aus dem Gebäude des Militärattachés, dem Mitarbeiter der Botschaft, und der Handelsvertretung entfernt werden.
2. Die verhafteten Angestellten der Sowjetbotschaft und der Wirtschaftsvertretung müssen unverzüglich befreit werden.
3. Alle weggenommenen Dokumente des Militärattachés müssen unverzüglich zurückerstattet werden.
4. Das Eigentum an Geld, Wertsachen, Möbeln, Büchern usw., das von der Polizei und dem Militär Tschangtsolins geplündert wurde, ist unverzüglich den Eigentümern zurückzugeben.

Bis zur Befriedigung dieser Forderungen sieht sich die Sowjetregierung gezwungen, zum Zeichen des Protestes ihren Geschäftsträger Tscherunyk mit dem gesamten Botschaftspersonal aus Peking abzuberufen und dortselbst nur Personal zur Erfüllung konsularer Funktionen zurückzulassen.

Am Schluß ihrer Note erklärt die Sowjetregierung, daß sie sich von niemand provozieren lassen und mit allen Mitteln die Sache des Völkerfriedens verfechten wird.

Nach einer anderen Meldung soll der Rat der Volkskommissare in Moskau in stürmischer Sitzung beschlossen haben, die diplomatischen Beziehungen mit Nordchina abzubrechen.

*

Schwere Kämpfe nördlich des Jangtse.

Nördlich des Jangtse sind zurzeit schwere Kämpfe zwischen den Nord- und den Südtruppen im Gange, bei denen die Nordtruppen die kommunistischen Südtruppen zurückgedrängt haben. Der Rückzug der Engländer, Amerikaner und Japaner aus Innerchina wird fortgesetzt. Schantung ist von den Missionen geräumt worden. Westlich von Hankau ist kein Engländer mehr anzutreffen. Die Räumung findet weniger wegen der gegenwärtigen Gefahr statt, sondern offenbar zur Erleichterung späterer Maßnahmen. Die Deutschen bleiben im allgemeinen auf ihren Plätzen; die deutsche Kolonie in Hankau ist noch fast vollständig. Die Lage in Schanghai ist ruhig; der Streik hält sich in mäßigen Grenzen.

Die Ueberreichung der Protestnoten wegen Nanking.

Paris. Havas teilt mit: Die identische Note, die die Vereinigten Staaten, Frankreich, England, Italien und Japan aufgesetzt haben, um gegen die Zwischenfälle von Nanking zu protestieren, wurde von den Konsuln der betreffenden Mächte in Schanghai und Hankau gleichzeitig dem Militärkommando und der Südregierung überreicht. Diese Note protestiert gegen die Unruhen von Nanking, fordert die Feststellung der schuldigen Offiziere und ihre Bestrafung sowie Geldentschädigungen für die Opfer und ihre Familien.

Die Vertagung der Genfer Abrüstungsverhandlungen beschlossen.

Genf, 11. April. Die vorbereitende Abrüstungskommission beendete heute nachmittag die Beratungen über die Beschränkung der Flottenabrüstungen. Da über die Hauptpunkte der Flottenabrüstung in den Verhandlungen der letzten Tage eine Einigung nicht erzielt worden ist, wurden heute lediglich eine Reihe rein technischer Fragen von untergeordneter Bedeutung behandelt, so die Begrenzung der Kaliber der Schiffsgeschütze und der Torpedos sowie die Festsetzung einer Altersgrenze für die Schiffsklassen. In der Diskussion wies Paul Boncour auf die Schwierigkeiten der Behandlung dieser Frage hin, solange man sich nicht darüber einig sei, ob die Schiffe, die die Schiffsgeschütze tragen sollen, beschränkt werden. Entsprechend dem heutigen Vorschlag des Präsidenten wird die vorbereitende Abrüstungskommission nunmehr ihre Arbeiten bis Donnerstag vor Ostern fortsetzen und am Dienstag nach Ostern zum letzten Male zur Entgegennahme des Berichtes des Büros über die erste Lesung zusammentreten. Hierauf wird sich die Kommission auf unbestimmte Zeit vertagen. Die Einberufung zu einer neuen Tagung bleibt dem Büro der Abrüstungskommission überlassen.

Paris mit dem Verlauf der Abrüstungsverhandlungen unzufrieden.

Eigener Nachrichtendienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 12. April. In französischen diplomatischen Kreisen ist man mit dem Verlauf der Genfer Abrüstungsverhandlungen unzufrieden. Man hegt kaum mehr die Hoffnung, daß es gelingen wird, eine Formel für die Einberufung der endgültigen Abrüstungskonferenz zu finden. Da, wenn selbst noch diese Möglichkeit offen bliebe, zögert man nicht, zu erklären, und dies vielleicht aus taktischen Gründen, daß mit einer Vertagung der Abrüstungskonferenz auf unbestimmte Zeit zu rechnen sei. Die Schuld hierfür wäre England zuzuschreiben, daß unter dem Schutz von Italien es ablehne, den französischen Vorschlag über die Beschränkung der Seestreitkräfte anzunehmen. Frankreich könnte aber unter keinen Umständen zulassen, daß eine Abrüstungskonferenz einberufen werde, die nicht gleichzeitig die Frage der Beschränkung der Luft-, See- und Landstreitkräfte behandelt. Infolgedessen sei zu erwarten, daß die nächste Völkerbundsratstagung die Abrüstungsverhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagen werde.

Das Befinden des rumänischen Königs gut.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Bukarest, 12. April. Da das Befinden des Königs Ferdinand andauernd gut ist, wird die Ausgabe von ärztlichen Bulletins wieder eingestellt.

Zwei schwere Eisenbahnunfälle in Rumänien.

Bukarest, 11. April. In der vergangenen Nacht stieß bei Ogroda in der Walachei ein aus 36 mit Benzin gefüllten Tankwagen bestehender Eisenbahnzug mit einem Leerzug zusammen und verbrannte vollständig. Vier Eisenbahnbeamte fanden den Tod, während vier weitere verletzt wurden. — Bei Augustin in Siebenbürgen entgleiste der Budapester Zug, wobei zwei Personen schwer und neun leicht verletzt wurden.

Die Abrüstung zur See.

Die Begrenzung der Stärke der Kriegsflotten.

Der Vorbereitungsausschuß für die Abrüstungskonferenz setzte die Aussprache über die Frage der Seeabrüstung fort. Zur Beratung stand der französische Vorschlag über die Begrenzung der Stärke der Kriegsflotten, der ein Kompromiß zwischen dem englischen Vorschlag, die Begrenzung nach Schiffszahl und Gesamttonnage der Schiffsklassen zu regeln, und dem ursprünglichen französischen Vorschlag auf die Gesamttonnage darstellt.

Als erster Redner teilte Lord Robert Cecil mit, daß die englische Regierung bereit sei, hinsichtlich einiger Punkte entgegenzukommen; was jedoch die Begrenzung der Stärken der Kriegsflotten anbelange, könne die englische Regierung den französischen Kompromißvorschlag unter der jetzigen Fassung nicht annehmen, denn der Vorschlag würde weder hinsichtlich der Stärke der Schlachtschiffe noch ihrer Ausrüstung ein Wettrüsten verhindern, er würde außerdem nicht jenes Minimum an nationaler Sicherheit England verbürgen, auf die England zur Sicherstellung der Freiheit seiner Seewege Bedacht nehmen müsse.

Der italienische Delegierte de Marines lehnte in einer Erklärung den französischen Kompromißvorschlag ebenfalls ab, und zwar, weil er eine Unterscheidung zwischen Kolonial- und Heimatflotte mache. De Marines machte einen Gegenvorschlag. Der französische Delegierte Paul-Bon-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF